

Eidgenössisches Departement  
für auswärtige Angelegenheiten EDA  
Herr Bundesrat Didier Burkhalter  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Buchs / Thun, 18. Januar 2017

## **Stellung der Schweiz zu Israel Offener Brief der EDU Schweiz an den Vorsteher des EDA**

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir nehmen mit Besorgnis zur Kenntnis, dass Sie im Namen der Schweiz an der internationalen Nahost-Konferenz in Paris vom 15. Januar 2017 dem Schaulaufen abtretender Politiker grosser westlicher Staaten die Reverenz erwiesen und damit den Druck dieser Politiker und der arabischen Welt auf Israel indirekt legitimiert haben.

Wir anerkennen Ihren Wunsch und Willen, zum Wiederaufbau von Perspektiven und echter Hoffnung beizutragen.

Allerdings gehen wir nicht einig mit Ihrer Einschätzung der Lage vor Ort.

Einerseits sind wir weniger optimistisch bezüglich der positiven Wirkung von abzuhaltenden palästinensischen Wahlen. Neuste Umfragen des Palestinian Center for Policy and Survey Research (PSR) zeigen, wie tief das Misstrauen der palästinensischen Bevölkerung ihren eigenen Autoritäten gegenüber ist und wie stark die Meinungen zur Gewaltanwendung auseinandergehen. Ausserdem verweigern mächtige Bewegungen unter den Palästinensern weiterhin die Anerkennung des Existenzrechts des Staates Israel.

Weiter ist zu bedenken, wie in palästinensischen Dokumenten konsequent das Jahrtausende alte jüdische Erbe im Land Israel ignoriert wird. Dass sogar die UNESCO diese Rhetorik wiederholt übernommen hat, indem ausschliesslich die arabisch-islamischen Referenzen erwähnt werden, widerspricht klar jeder Verpflichtung zur historischen Objektivität und dient der politischen Instrumentalisierung. Jüdische Geschichte aus vorchristlicher Zeit wird islamisch umgeschrieben.

### **EDU Schweiz**

In dieser Logik hat die Anerkennung Israels keinen Platz – und vor dieser Logik dürfen westliche Politiker die Augen nicht verschliessen.

Weiter ist zu bedenken, dass es keinerlei historische Legimitation für einen palästinensischen Anspruch gibt, Ostjerusalem zur Hauptstadt eines palästinensischen Staates zu machen. Dieser Anspruch ist ein modernes Konstrukt, ein machtpolitisches Kalkül rund um das Gewicht der islamischen Stätten von Jerusalem im internationalen Machtgefüge islamischer Staaten und Glaubensgemeinschaften. Für dieses Kalkül dürfen sich westliche Staaten unserer Ansicht nach nicht instrumentalisieren lassen.

Ebenfalls ist zu bedenken, dass eine Zweistaatenlösung die Sicherheitsfragen in der Region kaum beantworten wird. Wie auch immer die Grenzziehung vorgenommen würde, werden neue Probleme geschaffen - demografisch, wirtschaftlich, wasserwirtschaftlich, verteidigungspolitisch. Ausserdem befinden sich Ende 2016 5,59 Millionen Palästinenser in arabischen Staaten, wovon viele dort bewusst seit Jahrzehnten in prekären Ghettos leben und seitens ihrer ebenfalls arabischen Mitbevölkerung keine rechtliche Anerkennung erhalten konnten. Mit der Zweistaatenlösung wäre ein palästinensischer Staat mit der enormen Herausforderung einer Reintegration dieser in den letzten Jahrzehnten enorm gewachsenen Bevölkerung konfrontiert, was eine erneute Destabilisierung der Situation voraussehen lässt.

**Angesichts dieser Liste von Faktoren, die noch verlängert werden könnte, bitten wir Sie, an der zwiespältigen Rhetorik für eine Zweistaatenlösung nicht teilzuhaben und sich mit aller Klarheit für die Sicherheit des Staates Israel einzusetzen. Wir bitten Sie ebenfalls, sich im Rahmen von internationalen Organisationen der arabisch-islamischen Geschichtsverfälschung nicht zu beugen.**

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit und wünschen Ihnen viel Weisheit bei der Ausübung Ihres wichtigen Amtes.

Mit freundlichen Grüssen

**EDU Schweiz**



Hans Moser,  
Präsident



Roland Haldimann  
Vizepräsident

**EDU Schweiz**

Zentralsekretariat / Secrétariat central, Postfach 43, 3602 Thun, Tel. 033 222 36 37, Fax 033 222 37 44  
PC 30-23430-4, [www.edu-schweiz.ch](http://www.edu-schweiz.ch), [info@edu-schweiz.ch](mailto:info@edu-schweiz.ch)